

Protokoll der Stadtratssitzung Sulzbach-Rosenberg vom 19.09.2023

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben. Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.su-ro.info/info.php> abrufbar.

TOP Ö 1: Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Sulzbach-Rosenberg; Änderungen in § 19 Abs. 3 und § 29 Abs. 4 Satz 1

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt, die Geschäftsordnung des Stadtrates unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen entsprechend der dem Protokoll als Anlage beigefügten Form.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Dank an die Stadtverwaltung für die Erarbeitung der Sitzungsvorlage, das ist ein Schritt in die richtige Richtung, die Öffentlichkeit bekommt dadurch mehr Zugang zu unserer Arbeit. Für CSU/JU sei selbstverständlich, dass jemand der ein öffentliches Amt bekleidet, bereit ist, dass seine Aussagen öffentlich übertragen werden. Unterbrechungen sollten möglichst gering bleiben, die Zustimmung möglichst umfassend.

Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP / FWS): Stimmen Neufassung natürlich zu. Der angedachte Probelauf für 1 Jahr müsse nicht nochmals entschieden werden?

Joachim Bender (SPD): Werde der Neufassung und beiden Änderungen zustimmen, unabhängig davon ob alle unterschrieben haben oder nicht. Hoffe, dass der damit verbundenen immense Aufwand und Kosten von Bürgern angenommen werden, das werde man in 1 Jahr sehen.

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Alles was Öffentlichkeit nützt ist positiv, werde daher zustimmen.

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 2: Antrag auf Entwicklung eines Konzepts zur Durchführung von Ausbau und Betrieb regenerativer Energieerzeugung über eine kommunale GmbH & Co. KG; Antrag aus der Bürgerversammlung vom 15.06.2023 - TOP 5

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Ausführungen des Rechtsamts zur Kenntnis und beschließt die Angelegenheit in den jeweiligen Fachausschüssen weiterzubehandeln.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Betrachten den Antrag als sehr positiv, deckt sich was selbst schon einmal beantragt wurde (PV Erzühle). Gleichzeitig der Meinung, das Ganze in ein größeres Konzept (Wärmeplanung / Energieversorgung) einzubetten.

Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS): Beteiligungen von Stadt und Bürgern an regenerativer Energieerzeugung ist wichtig, um die Wertschöpfung in der Stadt zu behalten, sehen den Antrag aus der BV sehr positiv. Das Thema hat durchaus Möglichkeiten, wir sollten nicht zu lange zögern, schließe mich den Hinweisen von Fröhlich an.

Joachim Bender (SPD): Werden Beschlussvorschlag zustimmen, Fachausschüsse werden sich in kommenden Jahren ohnehin mit diesen Themen beschäftigen müssen. Eine Frage zur Beteiligung der Stadt über die Stadtwerke, gibt es Kommunen die so etwas schon gemacht haben? Das Ganze ist jedoch auch mit Risiken verbunden (Projekt-Entwicklungskosten von 10 - 20 % sind bei Nicht-Realisierung verloren).

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Mit Vorlage bewegen wir uns in die richtige Richtung, das ist ein großes Feld mit vielen Möglichkeiten. Die Wertschöpfung müsse vor Ort ankommen, damit entsteht Akzeptanz in der Bevölkerung für Windkraft und PV, stimmen dem Antrag vollumfänglich zu.

Ralf Volkert (SURO2030): Da bereits erste Gespräche mit externen Interessenten geführt worden sind, drängt die Zeit hinsichtlich einer möglichen Beteiligung der Stadt. Dazu muss der Stadtrat zuallererst eine Entscheidung treffen, ob er grundsätzlich eine Energieerzeugung durch PV oder Windkraft mit einer kommunalen Beteiligung will. SURO2030 befürwortet ein städtisches Engagement, weil nur darüber eine Wertschöpfung in unserer Gemeinde erreicht wird. Zusätzlich zum ökologischen Vorteil einer Energieerzeugung vor Ort, entsteht damit auch ein echter Mehrwert für unsere Stadt und seine Bewohner. Für die weitere Diskussion sind fundierte betriebswirtschaftliche und rechtliche Grundlagen die Voraussetzung. Erst dann können wir beraten, unter welchen Rechtsformen sich echte Beteiligungen der Kommune und gegebenenfalls von Bürgerinnen und Bürgern umsetzen lassen. Auch welche Vor- und Nachteile verschiedene Modelle für die Vermarktung von Solar- und Windenergie haben und wie sich auch Investoren beteiligen lassen, ohne die Steuerungsmöglichkeiten unserer Kommune aus der Hand zu geben. Wir bitten deshalb darum, diese verschiedenen Aspekte in einer der kommenden Sitzungen oder im Hauptausschuss zu erläutern. Gerne auch unter Hinzuziehen eines Experten. Wenn möglich, sollten wir dann auch die entsprechenden und geeigneten Grundstücke sichern. Und bezüglich der Wagensatz sollten wir weiter mit dem Freistaat über mögliche Beteiligungsformen sprechen.

Michael Göth (SPD): Weitere Stellungnahmen der Verbände zu diskutierten Vorrangflächen abwarten.

Michael Schulz (FWU): Stehen dem Ganzen auch positiv gegenüber. Anregung, die Expertise eines Steuerberaters einzuholen um die richtigen Beteiligungsformen für verschiedene Projekte zu evaluieren.

Christian Steger (CSU / JU): Zu Benders Frage: Zu Marktredwitz gibt es einen Bericht, wie dort Energiemanagement betrieben wird, evtl. könne dorthin eine Exkursion geplant werden oder ein Vertreter zu uns eingeladen, Marktredwitz sei auf diesem Gebiet sehr erfolgreich.

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 3: Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans Wohngebiet "Feldgäßchen" - Fassung eines Grundsatzbeschlusses über die Weiterführung

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 06.09.2023, AZ: IV-6102/KK/st-BP Feldgäßchen, zur Kenntnis und beschließt, dass das Bauleitplanverfahren zur Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans Wohngebiet „Feldgäßchen“ in das Regelverfahren übergeleitet werden und die Verwaltung dem Stadtrat die entsprechenden Beschlüsse vorlegen soll.

Petra Schöllhorn (Baureferat): Verfahren für Feldgäßchen sehr weit, mittlerweile gerichtliche Entscheidung ergangen dass §13b am Ortsrand unzulässig ist. Wenn das Verfahren weiter geführt wird, müsse das Verfahren überführt werden. Bislang gibt es keine wesentlichen Einwendungen von Bürgern und Behörden.

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Verständnisfrage zu zeitl. Verzögerung - ca. acht Monate?

Michael Göth (SPD): Ja

Ralf Volkert (SURO2030): Das Bundesverwaltungsgericht ist der gleichen Auffassung wie SURO2030 und verneint die Anwendung des beschleunigten Verfahrens beim Wohngebiet Feldgässchen. Wir haben bereits im Dezember darauf hingewiesen, dass der Bebauungs- und

Grünordnungsplan Feldgässchen mit seiner Freifläche außerhalb des Siedlungsbereichs den Zielen des Landesentwicklungsprogramms widerspricht. Das Baugebiet Kempfenhof betrachten wir als abgeschlossen. Wir werden der Überleitung in das Regelverfahren nicht zustimmen, weil das Baugebiet Feldgässchen ökologisch nicht verträglich, stadtplanerisch nicht sinnvoll und wirtschaftlich aufgrund der hohen Erschließungskosten von 180000 Euro für ganze fünf Einheiten sehr bedenklich ist.

è Dem Beschlussvorschlag wurde bei 2 Gegenstimmen (SURO2030) zugestimmt

TOP Ö 4: Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans; 33. Änderung: Wohngebiet "Feldgäßchen" - Fassung des Änderungsbeschlusses - Beschluss über die Form der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 06.09.2023, AZ: IV-6100/KK/st-33. FNP-Änd. Feldgäßchen, zur Kenntnis und beschließt, den Flächennutzungs- und Landschaftsplan im Bereich nördlich des Stadtteils Kempfenhof gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch [...]

è Dem Beschlussvorschlag wurde bei 2 Gegenstimmen zugestimmt

TOP Ö 5: Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans Wohngebiet "Feldgäßchen"; - Beschluss über die Einstellung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB; - Fassung des Aufstellungsbeschlusses; - Beschluss über die Form der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 06.09.2023, AZ: IV-6102/KK/st-BP Feldgäßchen, zur Kenntnis und beschließt, im Bereich nördlich des Stadtteils Kempfenhof - das begonnene Bauleitplanverfahren zur Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans Wohngebiet „Feldgäßchen“ durch Einbeziehung von Außenbereichsflächen im beschleunigten Verfahren nach § 13b Baugesetzbuch (BauGB) einzustellen und - gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB einen Bebauungs- und Grünordnungsplan mit der Bezeichnung Wohngebiet „Feldgäßchen“ im Regelverfahren aufzustellen [...]

è Dem Beschlussvorschlag wurde bei 2 Gegenstimmen (SURO2030) zugestimmt

TOP Ö 6: Kirwabaum-Halterungen; Beschlussfassung zur weiteren Vorgehensweise

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferats vom 14.09.2023, Az.: IV-6321/Doll/st – Kirwabaum-Ständer, zur Kenntnis und beschließt in Sulzbach und Rosenberg die oberirdische Variante auszuschreiben.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 7: Parkplätze am Großparkplatz und Errichtung Parkdeck; Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 04.09.2023, Az.: IV-6318/Doll/st – Großparkplatz Bayreuther Straße, zur Kenntnis und beschließt, dass für die Errichtung eines Parkdecks ein fachkundiges Büro beauftragt wird, das entsprechende Erfahrungen im Parkraummanagement

aufweist und durch Nutzungsanalysen wie Verkehrszählungen eine bedarfsgerechte Lösung für die Stadt entwickelt (Machbarkeitsstudie). Über die Einstellung von Planungskosten und Kosten für eine Machbarkeitsstudie in Höhe von 90.000,- € für soll bei den Haushaltsplanungen für 2024 entschieden werden.

Florian Bart (CSU / JU): Generell mit Beschlussfassung einverstanden. Eine Frage, um Kapital und Zeit zu sparen: Bei den beiden an einer Ausführung interessierten Firmen könne eine Ausschreibung stattfinden und abgefragt werden, wie sich diese Firmen die Umsetzung vorstellen. Eine detaillierte Planung könnte dann nach deren Plänen erfolgen?

Petra Schöllhorn (Baureferat): Zwei Firmen mit vagem Interesse würden aktuell nicht in die Planung einsteigen. Sie haben der Stadt eine Reihe an Fragen gestellt, die die Stadt gar nicht beantworten kann (Themen Langzeitparker, Preisgestaltung, Befürchtung wegen zu günstigem Angebot in Tiergarage), hängt mit städtischer Parkraumbewirtschaftung zusammen, wollen Parkraummanagement abfragen, das wäre erster Schritt. Erst dann könnten Firmen in Planung einsteigen.

Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS): Kürzlich gestellter Antrag, aufgrund der gestiegenen Breite der heutigen Fahrzeuge die Stellplätze breiter zu machen ist dankenswerterweise rasch umgesetzt worden, aber dabei sind 28 Stellplätze weg gefallen. Deshalb sei nun ein Parkdeck notwendig, dafür ein fachkundiges Büro nötig für Nutzungsanalysen und Machbarkeitsstudie, dafür 90.000 € in Haushalt einstellen. Lehnen Beschluss ab: Parkdeck Bayreuther Straße sei ein eigenes Projekt, das kann nicht als Schnellschuss auf den Weg gebracht werden. Zu klären ist zunächst: Wollen wir ein Parkdeck? Wollen wir einen Fremdbetreiber oder eine eigene Investition / einen eigenen Betrieb? Wenn ja, können wir uns das leisten? Erst nach Beantwortung dieser Fragen sind weitere Planungen möglich.

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Finden Projekt und Überplanung richtig und wichtig, ausreichend neuer Parkraum ist nötig um den Parkdruck der Innenstadtbewohner aufzufangen. Neben anbeheimatete Stadtwerke & PV auf Parkdeck könne win-win-Situation sein, ein Planungsgutachten sehr sinnvoll.

Martin Kunert (SURO2030): das ISEK, „das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept für die Altstadt Sulzbach“ vom November 2015 hat sich eingehend mit dem sog. „Ruhenden Verkehr“ beschäftigt. Neben der Auseinandersetzung mit den Stellplätzen für Inhaber eines Bewohnerparkausweises, der überirdischen Kurzzeitparkflächen, der Parkflächen in der Tiefgarage, wurde auch der Großparkplatz an der Bayreuther Straße behandelt. Das Ergebnis dieser Untersuchungen, sehr kurz zusammen gefasst, war: Zusammen mit den privaten Stellplätzen ergibt sich ein Gesamttraumparkangebot von ca. 1200 Stellplätzen für die Altstadt. Dem wurde die Anzahl der Bewohner mit PKW in der Altstadt gegenüber gestellt. Auf der Grundlage dieser ermittelten Zahlen lässt sich, Zitat: „kein extrem hoher Parkdruck für die Bewohner der Altstadt ermitteln. Räumlich differenziert fällt dieses Bild natürlich unterschiedlich aus. In einigen Straßen der Altstadt stehen den Bewohnern „vor der Haustüre“ so gut wie keine Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum zur Verfügung. Dies als Mangel einzustufen hängt davon ab, wie wohnungsnah der PKW-Stellplatz erwartet wird.“ Das ISEK schlägt dazu unterer anderem zwei konkrete Maßnahmen zur Stellplatzproblematik in der Altstadt Sulzbach vor, nennt dazu die Schätzkosten und die Laufzeiten.

Maßnahme 1: Machbarkeitsstudie zum Parkraum außerhalb der Wallanlagen, in der Nähe zur Altstadt, konkret der Großparkplatz Bayreuther Str. Diese Machbarkeitsstudie soll klären, in welchem Umfang Parkraum z.B. am Großparkplatz an der Bayreuther Str. zukünftig entwickelt werden soll, die Investitionskosten eines Parkdecks, die Wegeführung und Anbindung an die Altstadt.

Maßnahme 2: Parkraumneuordnung Die Parkraumneuordnung setzt an dem aktuellen Widerspruch an, das eine Vielzahl von Stellplätzen entlang der Hauptgeschäftsstraßen vorhanden sind, Kunden von Ladengeschäften und Dienstleistungsanbietern jedoch oft diese Stellplätze nicht nutzen können, weil diese z.T. von Angestellten / Inhabern und Bewohnern in Anspruch genommen werden.

Fazit: Im Hinblick auf die vorgenannten Maßnahmen könnte der tatsächliche Bedarf an Stellplätzen in der Bayreuther Straße ermittelt werden. Zusätzlich bitten wir um die Prüfung einer Förderung bzgl. der Umsetzung der Maßnahmen aus dem ISEK. SURO2030 stimmt der Einstellung der Planungskosten in Höhe von 90.000,00 Euro für eine Machbarkeitsstudie gemäß der Beschlussvorlage nicht zu.

Michael Göth (SPD): Deutliche Zunahme von Wohnraum in den letzten Jahren, Parkdruck habe zugenommen. Auch eine modifizierte Form des Beschlussvorschlags wie von Pöllath vorgeschlagen wäre annehmbar.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Es macht keinen Sinn das heute durchzupeitschen. Der Bedarf darüber zu sprechen ist ungebrochen. Viele Fragen sind offen, kann sich Pöllath und Kunert anschließen. Sachverhalt sollte erst in Bauausschuss thematisiert werden, dieser kann eine Machbarkeitsstudie auf den Weg bringen. Auch die Fragen der Investoren können dort behandelt werden.

Dr. Armin Rüger (SPD): Steht der Machbarkeitsstudie positiv gegenüber, könne sich mit einem Verweis in den Bauausschuss anfreunden. Die Stadt solle sich aber nicht an einen Investor wie in Amberg geschehen, binden.

Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP / FWS): Sind nicht gegen ein Parkdeck, es müssen aber erst einige Fragen abgearbeitet werden. Die Aussagen des ISEK sollen erst aufgearbeitet werden. Einiges an Vorarbeit müsse geleistet werden, im aktuellen Stadium sind 90.000 € zu viel.

Michael Schulz (FWU): Sind für Parkdeck, dafür besteht Notwendigkeit. Erste Schritte zur Planung sollen eingeleitet werden.

Rosalia Wendl (Referat Bürgerangelegenheiten): (bzgl. der von Martin Kunert genannten Zahlen): Anlässlich dieses TOP wurden im Vorfeld die aktuellen Parkplätze gezählt, in der Altstadt liegen insgesamt (kostenpflichtig, kostenfrei, Anwohner etc.) 555 ausgewiesene Parkplätze, dazu einige nicht gekennzeichnete Stellplätze z. B. im Bachviertel. Es liegen zahlreiche Anfragen nach Bewohner-Parkplätzen vor. Durch die mittlerweile laufende Leerstands-Beseitigung gibt es mehr Bewohner in Altstadt und damit mehr Berechtigte für Stellplätze.

Martin Kunert (SURO2030): Die Zahl von 1.200 Stellplätzen beinhaltet explizit auch 350 Privatparkplätze, die Summe stimmt also ungefähr.

☞ Dem Verweis in Bauausschuss wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 8: Verbesserung der Zu- und Abfahrtssituationen für Radfahrer am Fröschau-Einkaufszentrum (FEZ); Antrag in der Bürgerversammlung am 15.06.2023, TOP 6

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 08.09.2023, Az.: IV-6312/Doll/st – FEZ, zur Kenntnis und beschließt keine baulichen Veränderungen in diesem Bereich vorzunehmen.

Joachim Bender (SPD): In Fraktion wurde sich intensiv mit dem Antrag und der Stellungnahme der Verwaltung befasst. Sollten heute nicht den Beschlussvorschlag beschließen. Wir bekommen ein Radverkehrskonzept und werden uns in dieser AG mit allen Fraktionen wieder treffen. Dort solle darüber diskutiert werden. Ein Vorschlag wäre die Freigabe des kurzen Fußwegs für den Radverkehr.

Ralf Volkert (SURO2030): Selbe Meinung wie Bender, das Thema solle in der Steuerungsgruppe mit dem Radverkehrskonzept schlüssig abgestimmt werden.

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Die vor einiger Zeit bereits erfolgte Freigabe des kurzen Stücks an der Nordseite Rosenberger Str. wurde von der Unteren Straßenverkehrsbehörde aufgehoben, da der Weg dafür nicht die erforderliche Breite hat.

è Dem Verweis in die Steuerungsgruppe Radverkehrskonzept wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 9: Veranstaltungen des Kulturamtes im Schloss; Antrag in der 37. Sitzung des Stadtrates am 25.07.2023, TOP 11.1

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 11.08.2023 Az.: IV-6317/Doll/pil – zur Kenntnis und ebenso, dass das Anliegen entsprechend weitergeleitet wurde.

Koller: Die Veranstaltung *Kultursommer* wurde sehr gut angenommen. Wenn die Stadt für diese Flächen nicht zuständig ist, solle Beschlussvorschlag nicht nur zur Kenntnis genommen werden. Es solle von Seiten der Stadt darauf gedrängt werden, dass bei einer Baumaßnahme die geeigneten Platten verlegt werden, das Thema dürfe nicht versanden. Die Anfrage kam mehrfach, das sei ein wichtiges Thema.

Petra Schöllhorn (Baureferat): Gehe davon aus, dass wir keine Antwort bekommen, da keine Baumaßnahmen geplant sind. Es ist daher nichts mit Nachdruck zu fordern, da keine Intention besteht an dieser Straße etwas zu machen.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 10: Smart City in Sulzbach-Rosenberg: Projektabschluss REACT-EU und Next Steps zur Smart City

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt den aktuellen Stand des Projekts REACT EU zur Kenntnis und beschließt das Projekt Smart City Sulzbach-Rosenberg weiter zu verfolgen. Aus folgenden Projektideen wählt der Stadtrat eine oder mehrere Projekte zur konkreten zeitnahen Umsetzung aus:

a. *Erweiterung des Digitalen Zwillings: Abbildungen verschiedener Freizeitaktivitäten und Angebote für Bürger:innen, wie Parkplätze, Mülleimer & Hundekotbeutel, Trinkwasserbrunnen, Spielplätze, Sportplätze, Kneippbecken, E-Ladestationen uvm. im 3D Stadtmodell*

b. *Ressourcenschonung und Klimaschutz: i. IOT im Stadtgebiet – LORAWAN Netz in SuRo; ii. Intelligente Bewässerung der städtischen Grünflächen; iii. Smarte Mülleimer*

c. *Kommunale Suchmaschine: der Chat-Bot für den digitalen Amtsbesuch.*

Vortrag von Sophie Reindl (Innenstadtmanagerin):

- Laufzeit Digitaler Zwilling 08 / 2021 - 06 / 2023, Projektlaufzeit Su.-Ro.: 05 / 2022 - 06 / 2023
- Digitaler Zwilling zweiteilig: 3D Stadtmodell (DGM 1 + LOD 2) & Urbane Datenplattform
- Beispiel: Besucherströme beim Altstadtfest, Besucher in der Stadt, Daten werden zunehmend akkurater (KI lernt dazu)
- Wie Thema Smart City weiter verfolgen? Workshop im August:
 - (a) Vorhandene Datensätze mit weiteren Abb. / Übersichten ergänzen (Parkplätze, Spielplätze, Sportplätze, Trinkwasserbrunnen) einfach und schnell umsetzbar, Kosten ca. 1.000- 5.000 €

- (b) IOT, LORAWAN: Kostenfreies Netzwerk. Batteriebetriebene Sensoren, Empfänger, Netzwerkserver (smarte Mülleimer, Wettersensoren, Bodensensoren, ...), ca. 50.000 - 100.000 € für Gesamtnetzwerk, Sensoren rel. günstig (100 - 200 €)
- (c) Erleichterung für Bürger beim Amtsbesuchen, barrierefreier Zugang, Optimierung von Behördenabläufen, ca. 50.000 €

Peter Zahn (Umweltschutzbeauftragter): Smart City ist ein Entwicklungskonzept zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Technische, Soziale und kulturelle Problemstellungen seien erfasst, vermisste ökologische Problemstellung. Vorschlag: Erweiterung des Digitalen Zwillinges auf grüne Infrastruktur, Erfassung aller naturnahen Flächen (Parks, Grünflächen, grüne Innenflächen, markante Bäume etc.), damit könne die Stadt einen Beitrag zur Biodiversität leisten. Ein Beitrag zur Klimaanpassung der Stadt käme den Bürgern direkt zu Nutzen, das habe eine größere Priorität als die Anschaffung smarter Mülleimer.

Michael Göth (SPD): Smarte Mülleimer sind eine Arbeitserleichterung für den städt. Bauhof, sollten auch in diese Richtung denken.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Bevor weitere Erweiterungen auf den Weg gebracht werden, sollten wir uns damit befassen was aktuell auf dem Tisch liegt. Die Daten die aktuell angezeigt werden sind entweder nicht auffindbar oder falsch (z. B. Fläche der Kirchen), viele Daten erheblich falsch, und bieten daher keinen Nutzen für externe Investoren. Bevor mit weiterer Beschlussvorlage befasst wird, solle Sorge dafür getragen werden, dass aktuell erfasste Daten korrekt sind, deshalb aktuell keine Zustimmung.

Ralf Volkert (SURO2030): [...] Sieht es ähnlich wie Fröhlich, Flächen sind teilweise falsch und Gebäude eingezeichnet die es nicht gibt. Der Vortrag lässt viele Fragen offen. Der Vorschlag von Herrn Zahn sei der sinnvollste, wenn auch nicht im Beschlussvorschlag: Über das Thema Hitzeschutzplan wurde gesprochen, die Erfassung von Grünflächen sind eine sinnvolle Maßnahme. Im Beschlussvorschlag finden sich eher Spielereien.

Sophie Reindl (Innenstadtmanagerin): Die Daten stammen vom Vermessungsamt und sind an sich korrekt, aktuell besteht ein IT Problem, vorher waren die Daten richtig, es gäbe Probleme mit der Datenübertragung woraus die angesprochenen Fehler resultieren.

Joachim Bender (SPD): Der Beschluss wie vorliegend kann heute nicht gefasst werden, bis gestern lag nur der Beschlussvorschlag ohne diese Erläuterungen und Kostenschätzungen vor. Um alle offenen Fragen zu beantworten reicht heute die Zeit nicht. Deshalb sinnvoll, intensiv weiterzuplanen, dafür braucht es aber Zeit und Informationen. Eine Klausurtagung wie von Fröhlich vorgeschlagen evtl. sinnvoll. Die Zeit für diesen Beschluss würde uns nicht davon laufen. Empfiehlt Weiterbehandlung bei anderer Gelegenheit mit mehr Infos im Vorfeld.

Christian Steger (CSU / JU): Auf diesen Beschlussvorschlag kann heute keine Entscheidung getroffen werden. Wichtig, den Vortrag von Frau Reindl in allen Fraktionen zu erhalten, die Fragen in den kommenden Wochen/Monaten abzuarbeiten. Daraus werde sich eine Prioritätenliste erstellen lassen was sinnvoll ist. Z. B. für Bewässerung müsse auch Hardware beschafft werden, welche Folgekosten inkl. Förderung?

Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP / FWS): Erster guter Aufschlag, welche Möglichkeiten es gibt, können aber heute nicht dazu beschließen, das Thema sei zu umfangreich. Schließt sich Vorschlag von Zahn an. In Ausschuss vorbereiten? Wichtig, (c) hervorzuheben, sehr bürgerfreundlich, erspart Wartezeiten, haben schon früher einen Antrag dazu gestellt. Es muss alles intensiv vorberaten und mit Zahlen hinterlegt werden.

Michael Schulz (FWU): Danke für Frau Reindl, sei froh dass der Digitale Zwilling weiter entwickelt wird. Fragen zu LORAWAN Netzwerk - lässt sich das verbinden mit einem WLAN-Netzwerk für Besucher, was derzeit sehr suboptimal funktioniert? 200 T€ zu 90 % gefördert - handelt es sich dabei um Einzelmaßnahmen oder ein Maßnahmenpaket?

Sophie Reindl (Innenstadtmanagerin): LORAWAN bietet keinen Internetzugang für Besucher, dieses Netz baut auf ein deutschlandweit bestehendes Funknetz auf. Die 200 T€ steht für ein Maßnahmenbündel.

Hildegard Geismann (SPD): An alle appellieren, das Plädoyer von Herrn Zahn als ganz wichtig einzustufen. Sehr wichtige Erweiterung des Digitalen Zwilling, um zu erfassen und nötige Schritte daraus abzuleiten, stünde für mich an erster Stelle.

Ralf Volkert (SURO2030): Der Digitale Zwilling sei nun da mit vielen Verbesserungen. Ein anderer Aspekt: Der Digitale Zwilling ist das eine, das Thema Innenstadt- und Leerstandsmanagement ein ebenfalls wichtiges Thema, damit solle nach außen gegangen werden: Was können wir jetzt schon tun, wenn in einigen Jahren z. B. ein Laden zumacht. Wichtig ist ein ständiger Kontakt mit Eigentümern und Mietern.

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Danke an die informativen Ausführungen. Dem erstem Schritt müssen nun Zahlen folgen. Der Vorschlag von Herrn Zahn ist wichtig, soll aber nicht gegen das Thema Bürgerhilfe ausgespielt werden. Beschlüsse wirken lange, deshalb müssen wir uns dafür Zeit nehmen.

Dr. Stefan Morgenschweis (CSU / JU): Sitzungsvorlage heißt Smart City - reicht die Stadt aber nur vom Bayerischen Hof bis zum Stadttor? Es gibt Rosenberg und außen liegende Stadtteile, es müsse über das ganze Stadtgebiet gesprochen werden, das wäre vordringlich. Eine Diskussion aller Punkte darf sich nicht auf die Altstadt beschränken.

Michael Göth (SPD): Dann müsse Modell auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden.

Sophie Reindl (Innenstadtmanagerin): Smart City meint die komplette Stadt: Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht auf die Innenstadt bezogen, dass z. B. Sensoren nur dort sitzen liegt an der Förderung für diesen Teilbereich. Digitaler Zwilling ist räumlich begrenzt, Smart City geht darüber hinaus und umfasst alle Stadtteile.

☞ Dem Vorschlag, das Thema an anderer Stelle (Ausschüsse, Klausur etc.) weiter zu beraten wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 13: Bekanntgaben

TOP Ö 13.1: Termin Frühlingsvolksfest 2024; Bekanntgabe

Michael Göth (SPD): Anderer Termin: 13. - 21. April 2024

Strehl: Zu dem Bericht nach dem Annabergfest über einen längeren Biergartenbetrieb wurde mit Budenbetreibern gesprochen und Meinungen eingeholt: Zwei Budenbetreiber fanden die Idee gut, es gab aber auch Gegenstimmen: Vier Budenbetreiber halten nichts von dem Vorschlag, das Annabergfest würde seine Einmaligkeit / seinen Flair verlieren.

TOP Ö 13.2: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der 37. Sitzung des Stadtrates vom 25.07.2023

- Neubaugebiet „Am Katzenberg Nord“ Erweiterung Energiekonzept – Prüfung der Machbarkeit zur Nutzung von Grubenwasser; Vergabe der erweiterten Machbarkeitsstudie
- Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie „Erzhülle“; Vergabe der sanierungsbegleitenden Grundwasserüberwachung Phase II

- Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie „Erzhülle“; Vergabe der Tiefbauarbeiten und der Kabelverlegung zur Herstellung des Stromanschlusses für die Sickerwasserbehandlungsanlage
- Netzunterhalt Jahnstraße; Vergabe der Erdarbeiten
- Bestellung elektronische Wasserzähler für 2024

TOP Ö 14: Anfragen

Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP / FWS): Schwemmerberg wurde wegen Glasfasernetz-Ausbau aufgebrochen, seit einigen Wochen seien keine Arbeiter mehr zu sehen, jetzt ist dort geschottert. Wann geht es da weiter? Haben Subsubunternehmer das Handtuch geworfen?

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Heute erging eine verkehrsrechtliche Anordnung, dass die Firma bestimmte Arbeiten weiterführen kann.

Ralf Volkert (SURO2030): Thema Radverkehrskonzept: Welche Maßnahme wird in 2023 umgesetzt? Die Förderung der Erstellung erfolgt nur, wenn eine Maßnahme daraus bis Ende 2023 umgesetzt wird. Das Konzept liegt seit geraumer Zeit vor. Wie geht es weiter zum Antrag zur Barrierefreiheit des JuZ Hängematte?

Petra Schöllhorn (Baureferat): Für 2023 sind zum Radverkehrskonzept auch keine kleinen Maßnahme möglich, weil keine Gelder da sind, Maßnahmen können heuer nicht mehr gefördert werden.

Hildegard Geismann (SPD): Einmündung Fürstenmühlstraße, Kanal und Brücke seien fertig, die Straße ist frei gegeben. Sehr schmale und unübersichtliche Situation, ein Verkehrsspiegel wäre sehr hilfreich.

Joachim Bender (SPD): Die Umleitung wegen der Sanierung der Staatsstraße funktioniert überraschend hervorragend. In der Hugo-Geiger Straße besteht plötzlich eine Baustelle über mehr als die Hälfte der Straße. Wie kommen dort Busse und LKW durch? Ist die Maßnahme der Stadt bekannt, wie lange dauert das? Hätte das verschoben werden können? Im Waldbad sind angeblich Rutschen gesperrt wegen Rost? Ist das dem Stadtbauamt bekannt oder nur ein Gerücht?

Michael Göth (SPD): Die Rutschen sind nicht gesperrt. In der Rutsche wird in den Vormittagsstunden der Zirkulationsbetrieb des Wassers aus Energie- und Kostengründen abgestellt, und wieder angestellt wenn mehr Besucher da sind. Kein Mangel an den Rutschen bekannt.

Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP / FWS): An Schnellrutsche sind „goldige“ Flecken sichtbar, am Nichtschwimmerbecken bei Befestigungen an Fliesen Rostflecken, aber nicht an der Rutsche.

Bettina Moser (SPD): Von Wohnmobilbesitzern sei der Wohnmobilparkplatz schwer zu finden, mit Schildern besser ausweisen? Trinkwasserbrunnen: Werden von vielen sehr positiv angenommen, kann ein nächster Trinkbrunnen bei der Sparkasse errichtet werden?

Michael Göth (SPD): Aktuell ist kein weiterer Trinkbrunnen geplant, das müsse erst hier im Stadtrat beschlossen werden.

Rosalia Wendl (Referat Bürgerangelegenheiten): Baustelle in Hugo Geiger ist Privatbaustelle, das dauert noch etwas länger. Die Wohnmobilstellplätze in der Bayreuther Straße sind in der zulässigen Größe ausgeschildert.

Christian Steger (CSU / JU): Habe die Wohnmobilstellplätze gerade gegoogelt, GPS-Daten für's Navi sind sofort auffindbar, das Auffinden sollte kein Problem sein.

TOP Ö 15: Anträge gem. § 25 Abs. 1 GeschO-Stadtrat - keine

TOP Ö 16: Anträge gem. § 25 Abs. 2 ff. GeschO-Stadtrat

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): 1. Antrag betreffend mittelfristiger Finanzplanung: In den letzten Monaten wurden sehr viele Projekte beschlossen oder Handlungsbedarf festgestellt (z. B. Kanalnetz, Straßennetz, Brücken, KiTa-Plätze, Ganztagsanspruch an Grundschulen, Parkdeck, Renovierung Seidel-Anwesen, Radverkehrskonzept, kommunale Wärmeplanung). Dies sei in der mittelfristigen Haushaltsplanung inkl. steigender Zinsen nicht umfänglich abgebildet, diese Planung solle von der Kämmerei erarbeitet und dargestellt werden. 2. Vorschläge zur Verbesserung der Gewerbesteuereinnahmen, erheblicher Nachholbedarf in Sulzbach-Rosenberg, großes Problem auf Einnahmenseite. Anstehende Aufgaben seien ohne ausreichend hohe Gewerbesteuereinnahmen nicht finanzierbar. Ein Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen sei zu erwarten. Die Erweiterungen von Firmen vor Ort werde dafür nicht genügen. Es bestehen große Herausforderungen auf der Ausgabenseite. Eine städtische Klausurtagung sei dazu sinnvoll. 3. Auslagerung der städtischen IT mit Erstellung eines Ablaufplans. Die Herausforderung an städtische IT nimmt zu. Die Suche nach IT-Personal (Leitung, Mitarbeiter) sei sehr schwierig. Dringender Handlungsbedarf besteht. Eine Auslagerung dieser Art ist bereits in anderen bayerischen Kommunen mehrfach gemacht/geplant.

Gez. Christian Koch, 19.09.2023